

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP****Enquetekommission „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“**

Um die Selbstständigkeit der Freien Hansestadt Bremen zu erhalten, müssen die Möglichkeiten der Selbstständigkeit aktiv genutzt werden. Die FDP-Fraktion hat dazu wiederholt konstruktive Vorschläge unterbreitet. Gleichzeitig verweigern Senat und die ihn tragenden Bürgerschaftsfraktionen eine dringend erforderliche konstruktive Diskussion über Sparvorschläge, Verwaltungsmodernisierung und andere Eigenleistungen, zu denen Bremen ohne Zweifel fähig ist. So wird die Selbstständigkeit in fahrlässiger Weise aufs Spiel gesetzt.

Der Senat lässt bisher keinerlei Konzeption erkennen, wie das Ziel, 2019 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, erreicht werden kann.

Durch diese Verweigerungshaltung werden die anstehenden Verhandlungen mit dem Bund über die Zahlung von Konsolidierungshilfen unnötig belastet.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Antrag der Fraktion der CDU „Enquetekommission ‚Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland‘“, Drs. 17/969, wird wie folgt geändert:

1. Nr. 2 wird um folgende Spiegelstriche ergänzt:

- „ — Überprüfung der Senatsstruktur,
- Möglichkeiten der Modernisierung der Verwaltungsstrukturen,
- Möglichkeiten der Parlamentsreform,
- Überprüfung des Deputationswesens“ .

2. Nr. 4 wird wie folgt geändert.

Das Datum „31. Dezember 2010“ wird ersetzt durch „30. Juni 2010“.

3. In Nr. 4 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 angefügt:

„Unstreitige Beratungsgegenstände werden dem Plenum der Bremischen Bürgerschaft noch vor Erstellung des Abschlussberichtes zur Beratung und gegebenenfalls Beschlussfassung vorgelegt.“

Uwe Woltemath und Fraktion der FDP